



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836 890

P/IV/295 - 29. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<p><u>Das Handelsabkommen Bonn - Moskau</u> Klare Abgrenzung von Handel und Politik Berlin wird nicht ausgeklammert</p>	53
2 - 3	<p><u>"Deutschland"</u> Berlin - Verbindung für Gas Grenze Von Günter Markscheffel</p>	63
4 - 5	<p><u>Uns tägliches Brot</u> Auch Österreich hat Probleme der Preis-Lohnpolitik Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta</p>	72
6 - 7	<p><u>Hamburger Rekordjahr 1960</u> Der bisher grösste Umschlag in der Geschichte des Hafens</p>	65

* * *
* * *

Das Handelsabkommen Bonn - Moskau

Klare Abgrenzung von Handel und Politik
Berlin wird nicht ausgeklammert

sp - Die Ankündigung von der zu erwartenden Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, sowie der von beiden Verhandlungspartnern gegebene Hinweis, die ursprünglichen Bedenken (Berlin-Klausel), die zu einer Verschiebung der Unterzeichnung führten, seien geklärt worden, lässt darauf schliessen, dass Bonn und Moskau eine korrekte Form für das Abkommen gefunden haben, die für beide Seiten annehmbar ist. Der sicher bald der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Text wird die letzte Klärung bringen, in welcher Form man die beiderseitige Anerkennung ausspricht, dass Berlin zum Bereich der Anwendung dieses Abkommens gehört.

Wenn es sich auch bei diesem Ereignis um eine handelspolitische Maßnahme handelt, so ist doch im gegenwärtigen Ost-West-Verhältnis jeden klar, dass die politische Problematik des ganzen Fragenkomplexes angesprochen bleibt. Die Verhandlungspartner haben in den wochenlangen Gesprächen natürlich gewusst, worum es ging. Vielleicht haben die Russen auch gelegentlich versucht, die Berlin-Frage aus dem Verhandlungskomplex auszuklammern. Aber auf deutscher Seite wurde in Zusammenarbeit von Regierungs- und Oppositionsparteien immer wieder darauf gedrängt, dass die Gegenseite darüber unterrichtet wurde, wie wenig irgendeine politische Kraft in der Bundesrepublik daran denkt, die Verbundenheit des freien Teils Berlin mit der Bundesrepublik für ein Linsengericht zu gefährden. In dieser Frage herrschte völlige Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung, den Parteien und dem Berliner Senat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann unter den gegebenen Umständen der Unterzeichnung des Handelsabkommens zustimmen. Sie tut es nicht nur deswegen, weil sie über alle Verhandlungsphasen umfassend unterrichtet wurde, sondern weil sie die Überzeugung hat, dass durch dieses Abkommen die Berlin-Frage im Augenblick nicht zusätzlich kompliziert wird.

Die Tatsache, dass die Sowjets seit dem 12. Dezember dieses Jahres einen Weg gefunden haben, um sich auf dem Boden der Argumentation der Bundesregierung, der Parteien des Bundestages und des Berliner Senats mit dem Verhandlungspartner "Bonn" zu treffen, lässt darauf schliessen, wie wenig sie im Augenblick auch ihrerseits daran interessiert zu sein scheinen, das Berlin-Problem zu komplizieren. Ob dieses Verhalten Moskaus im Rahmen einer besseren Strategie gesehen werden muss, die darauf abzielt, das politische Gespräch über die Deutschland-Frage und das Problem der europäischen Sicherheit nicht abreißen zu lassen, bleibt abzuwarten. Auf diesen Gedanken kommt man schon bei der Lektüre der letzten Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vor dem Obersten Sowjet kommen, die gewisse Ermahnungen zum Maßhalten an die Adresse der beiden deutschen Seiten enthält ...

So bleibt als politisches Fazit des ganzen Vorganges folgendes:

1. Das erstmalig 1958 zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion abgeschlossene Handelsabkommen wird für weitere zwei Jahre erneuert.
2. Die Verhandlungspartner wissen jetzt voneinander ganz genau, welches ihre Haltung zur Berlin-Frage ist.
3. Die Berlin-Frage selbst wird durch den handelspolitischen Schritt nicht zusätzlich kompliziert.
4. Das Berlin-Problem und die Deutschland-Frage bleiben auf der Tagesordnung künftiger internationaler Verhandlungen.

An diesem Ergebnis mitgearbeitet zu haben, ist für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Grund mehr, immer wieder die Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zur Sicherung Berlins und zur Lösung der deutschen Frage aufzuspielen. Das kommende Jahr wird sicher viele solcher gemeinsamen Aufgaben stellen.

"Deutschland"

Berlin ist die Klammer

G.M. - Wer in diesen Tagen ausländische Zeitungen durchblättert, kann feststellen, dass es in der nichtdeutschen Publizistik kaum noch die Unterscheidung von "Bundesrepublik Deutschland", "DDR" und "Deutschland" gibt. Nur bei ganz offiziellen Äußerungen wird deutlich gesagt, welcher Teil Deutschland gemeint ist, und es wird gelegentlich auch noch darauf hingewiesen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nach wie vor eine Aufgabe bleibt.

Die allgemeine Publizistik des Auslandes meint "Deutschland", wenn sie von Bonn spricht, oder Bonn, wenn sie über "Deutschland" schreibt.

Hierfür gibt es - vielleicht - einen guten Grund. Das uns befreundete Ausland will ein demokratisches Deutschland und glaubt es in "Bonn" zu finden. "Bonn" - das repräsentiert freie Wahlen, freie Wirtschaft, Freiheit der Meinungsäußerung und vieles, was zu einer Demokratie gehört. Deshalb spricht und schreibt man darüber.

Was jenseits der Zonengrenze liegt, ist zwar auch ein Teil Deutschlands, aber jener Teil, der im Ostblock verankert wurde, sich also jenseits aller Freiheitsbegriffe befindet. Darüber zu schreiben, das Leben dort darzustellen, erübrigt sich. Man könnte allenfalls dasselbe sagen, wie über das Leben in der Tschechoslowakei, in Polen oder in Bulgarien. Aber was dort geschieht, weiss man. Dort gibt es wenige Überraschungen. Die Einheitspartei, die Diktatur des Staates, hat das pulsierende Leben zum Erlöschen gebracht. Deshalb rückt die "DDR" in weite Ferne.

Bei der Schilderung der Vorgänge in der Bundesrepublik schreibt man über "Deutschland". Man hat gehört, dass "die Deutschen" mit ihrem Schicksal zufrieden sind, dass sie angeblich keine Experimente wünschen, dass sie immer mehr produzieren und bald die stärkste Armee im nicht-kommunistischen Europa haben werden. Man glaubt zu wissen, dass "die Deutschen" froh darüber sind, in die Gemeinschaft der freien Völker aufgenommen worden zu sein.

Noch vor wenigen Jahren war die Wiedervereinigung stets Thema Nr. 1 aller Weihnachts- und Neujahrserklärungen der Staatsmänner uns befreundeter Nationen, wenn sie von deutschen Korrespondenten gebeten

wu den, etwas über "Deutschland" zu sagen. Jetzt, an der Jahreswende, wird von "Deutschland" gesprochen, das in der Atlantischen Gemeinschaft, im Gemeinsamen Markt, in der Abendländischen Welt der Freiheit seine Pflichten erfüllt, zielstrebig arbeitet und, bewundert von allen, in der vordersten Front des Kampfes gegen den Bolschewismus steht. Gesprochen wird so über "Deutschland", gemeint ist aber Bonn.

Oder: Man sagt nicht mehr, wie noch vor kurzen "Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland", sondern "Der deutsche Bundeskanzler". Man sagt und schreibt es, trotzdem es hinreichend bekannt ist, daß die Bundesrepublik zwar stellvertretend für das ganze deutsche Volk handeln will, aber eben doch nicht das ganze Deutschland ist.

Wir Bundesrepublikaner stehen davor mit zwiespältiger Seele. Wir freuen uns darüber, dass ein Teil Deutschlands so schnell nach dem Hölleinsturz des Hitler-Reiches wieder den Anschluss an die freie Welt finden konnte. Aber wir sind auch betrübt, wenn wir von Jahr zu Jahr mehr erkennen müssen, dass sogar unsere Freunde den Gedanken an die Wiedervereinigung unseres Volkes allein in der Betrachtungsweise des Geschehens in der Bundesrepublik zu einem Schemer werden lassen.

Liegt es an uns, dass es so kam? Haben wir zu wenig von den nicht gelösten Problemen unsere Existenz als Volk und Staat gesprochen? Oder sind es unsere Freunde müde geworden, von Zielen zu sprechen und zu schreiben, die in weiter Fern. liegen?

In jüngster Zeit ist Berlin die Klammer geworden, die das Ganze hält. Mit dem Namen dieser Stadt und mit ihrem Schicksal verbindet sich - auch im Ausland - der Gedanke an das ungelöste "deutsche Problem". Es wäre zu wünschen, dass im neuen Jahre der Begriff "Berlin" auf den Begriff "Bundesrepublik" und auf die Vorstellung eines wiedervereinten Deutschlands abgestimmt wird. Es ist Aufgabe der deutschen Politik, der ganzen Welt klar zu machen, dass die Deutschen zusammengehören, dass sie eins sind und sich nicht selbst als Nation aufgeben wollen.

Um's tägliche Brot

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Einen Tag vor Weihnachten konnte man in Wien allen erdenklichen Luxus kaufen, wenn man aber einen Laib Brot erstehen wollte, gab es Schwierigkeiten. In den drei grössten Wiener Brotfabriken hatten die Arbeiter als Protest gegen die Verschleppung ihrer Lohnverhandlungen die Arbeit niedergelegt. Die gewerblichen Bäckereien arbeiteten zwar weiter, konnten aber den erhöhten Bedarf nicht bewältigen. So gab es vorübergehend gerade das nicht, was man gemeinhin als das Einfachste und Bescheidenste der Lebenshaltung des Menschen ansieht: das tägliche Brot.

Aber weil eben mit dem Brot diese geradezu mystische Vorstellung verbunden ist, ist der Brotpreis ein politischer Preis und jede Preiserhöhung naturgemäß ein politisches Problem, vergleichbar etwa mit den Problemen des Milchpreises und der Straßenbahntarife. In einer dynamischen Wirtschaft, gekennzeichnet durch Konjunktur und Vollbeschäftigung, bleibt bekanntlich das Preis- und Lohnniveau nicht stabil. Schleichende Teuerung und schrittweise Erhöhung der Löhne und Gehälter sind längst eine Selbstverständlichkeit geworden. Allgemeine Unruhe entsteht hingegen stets dann, wenn es sich um politische Preise und Tarife handelt, zu denen in Österreich auch noch die Mietzinsen zählen.

Zur Sicherung der allgemeinen Lebenshaltung hat man in der Notlage der ersten Nachkriegsjahre die Preise der Grundnahrungsmittel wie Brot, Mehl, Milch, Fleisch sowie auch die Preise wichtiger Rohstoffe gesetzlich geregelt. Mindestqualität und Höchstpreis wurden vorgeschrieben und behördlich überwacht. Das gilt auch heute noch. Eisenbahntarife, Straßenbahntarife, Gas- und Elektrotarife, Benzinspreis usw. unterliegen ebenfalls einer gesetzlichen Regelung. Der damit verbundene Preisstopp führt beim allgemeinen Steigen der Preise und Löhne von Zeit zu Zeit zu unheilbaren Zuständen. Es müssen dann jeweils auch die politischen Preise und Tarife nachgezogen werden.

Ein solcher Fall ist derzeit in Österreich eingetreten. Die Politik der Steuergeschenke für die Großverdiener, wie sie der frühere ÖVP-Finanzminister Prof. Dr. Reinhard Kamitz zur Pflege der Popularität praktizierte, hat die Staatskasse völlig geleert. Die sozialpolitischen Errungenschaften der Sozialisten auf den Gebieten der Familienförderung und des Rentenrechtes haben die öffentlichen Finanzen zusätzlich stark beansprucht. Jetzt muß die Rechnung beglichen werden, und zwar in Form höherer indirekter Steuern und höherer Tarife, die dem 1. Januar in Kraft treten.

Über den Brotpreis und die Löhne der Bäckereiarbeiter konnte man sich bis Weihnachten nicht einigen. Der Brotpreis wurde zuletzt vor vier Jahren geregelt, die Löhne der Bäckereiarbeiter wurden sogar vor neuen Jahren zuletzt erhöht. Es ist klar, daß diese Löhne weit zurückgeblieben sind, so daß die zuständige Gewerkschaft eine Lohnerhöhung von 25 Prozent fordert. Die Unternehmenschaft ist an sich bereit, höhere Löhne zu bezahlen, sofern gleichzeitig die Brotpreise hinaufgesetzt werden. Die Erhöhung der Brotpreise soll dabei nicht nur die höheren Lohnkosten und sonstigen Gestehungskosten abdecken, sondern auch den Unternehmern selbst einen zusätzlichen Gewinn einbringen. Ohne Preis erhöhungen keine Lohnerhöhung war daher ihre Devise. Die Arbeiter sahen sich damit in der fatalen Lage, für höhere Preise und höhere Unternehmensgewinne zu streiken. Dazu war die Gewerkschaft nicht bereit, so daß es lediglich zu den erwähnten Proteststreiks in den drei großen Wiener Brotfabriken gekommen ist. Im übrigen aber wurde intensiv verhandelt. Eine Brotpreiserhöhung erscheint bei den Verhandlungspartnern als unvermeidlich, nur über das Ausmaß konnte man sich nicht einigen.

ine Besonderheit auf dem Gebiete der Lohn- und Preispolitik bildet in Österreich die sogenannte Paritätische Kommission für Preise und Löhne. Sie wurde im März 1957 auf Initiative des Gewerkschaftsbundes ins Leben gerufen und besteht aus den Vertretern der Regierung, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften. Die Preise dürfen im allgemeinen ohne Zustimmung dieser halbamtlichen Kommission, die unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers tagt, nicht erhöht werden. Ebenso dürfen Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht eher verhandelt werden, bevor sie nicht von dieser Kommission zu Verhandlungen freigegeben wurden. Damit ist in das österreichische Wirtschaftssystem eine gewisse Bremse für die Lohn-Preis-Spirale eingebaut. Ihre Ergebnisse sind nicht gerade atemberaubend, aber immerhin zufriedenstellend. Österreich hat im Vergleich zu anderen Ländern eine geringere Teuerung zu verzeichnen. Wie von beiden Seiten anerkannt wird, hat sich auf diesem unruhigen schwierigen Gebiet die Zusammenarbeit zwischen Unternehmervertretern und Gewerkschaften bewährt. auch wirtschaftliche Fragen lassen sich in Österreich nicht durch einseitiges Diktat, sondern nur durch demokratischen Kompromiß lösen.

Hamburger Rekordjahr 1960

(rh) - Der Güterumschlag im Hamburger Hafen war im Jahre 1960 - soweit er sich vor Jahresabschluss überschauen lässt - mit rund 31 Millionen Tonnen ein absoluter Rekord in der mehr als 700-jährigen Geschichte des Hafens der Freien und Hansestadt. Er übertraf um rund 1,4 Millionen Tonnen den Umschlag des Jahres 1928, der bisher als Jahresrekord gegolten hat. Diese erfreuliche Entwicklung wird noch dadurch unterstrichen, dass in diesem Jahr auch der grösste Stückgutumschlag in der Geschichte des Hafens erzielt werden konnte. Mit 11,2 Millionen Tonnen hat der Stückgutumschlag das beste Vorkriegsjahr 1936 noch um 3,7 Prozent übertroffen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, geht diese Steigerung des Stückgutumschlages stetig weiter und eröffnet so dem Hamburger "Tor zur Welt" weitere gute Möglichkeiten für die Zukunft.

Das ist deshalb besonders wichtig, weil Hamburg wegen seiner Randlage in Westeuropa in einem dauernden schweren Konkurrenzkampf zu Bremen und Rotterdam steht, die in diesem Jahr gleichfalls ihren Umschlag hatten stark steigern können. Für den Stückgutumschlag sind die Dichte der ständigen Abfahrten und leistungsfähigen Liniendienste nach den wichtigsten Häfen in allen Erdteilen massgebend - Hamburgs intensive Arbeit auf diesem Gebiet seit den Kriegen macht sich somit zurecht bezahlt. Der westdeutsche Aussenhandel nimmt diesen ausgebauten und fast konkurrenzlosen "Hamburger-See-Fahrplan" in steigendem Masse wahr und hat in diesem Jahr seinen Hamburger Umschlag um 1,2 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr erhöht. Auch der Interzonenhandel ist um 300 000 Tonnen gestiegen, der Küstenverkehr um 200 000 Tonnen. Dazu kommt noch Hamburgs Funktion als Umschlagplatz für den Ostblock und sein weit nach Mitteleuropa hineinreichendes Hinterland.

Das Rekordjahr 1960 in Hamburg hat jedoch, ausser dem allerdings lebenswichtigen Hafen, noch eine Reihe weiterer Erfolgserlebnisse aufzuweisen. Die Hamburger Wirtschaft - Hamburg ist bekanntlich auch die grösste Industriestadt Westdeutschlands - war 1960 vollbeschäftigt. Zum Stichtag 1. Oktober entfielen auf einen Arbeitslosen

4,5 freie Stellen. Der Jahresumsatz der Industrie ist auf 13 Milliarden DM gegen 12,2 Milliarden 1959 gestiegen, von den 1,85 Millionen Einwohnern der Hansestadt waren 1,04 Millionen als selbständige und unselbständige Erwerbspersonen tätig. Der Schiffbau hat zwar mit der Ablieferung von fast 5511 000 BRT das bisher höchste Bauvolumen erreicht, sein Umsatz ist jedoch um 115 Millionen auf 958 Millionen DM zurückgegangen. In der Ablieferung war das Ausland mit 80,6 Prozent beteiligt.

Der Hamburger Flughafen hat die Millionenfigur an Fluggästen noch nicht ganz erreichen können (rund 950 000 Fluggäste), doch ist die Zahl der Fluggäste 1960 um rund 30 Prozent gestiegen und die Zahl der An- und Abflüge hat um mehr als 6000 auf 32 600 zugenommen. Die Steigerung beim Fracht- und Postverkehr beträgt 24 Prozent (auf 14 Millionen kg). Die Zahl der Autos hat 230 000 bereits erreicht, der Ausbau der Verkehrswege in der Stadt schreitet rüstig vorwärts, die Erweiterung des U-Bahnnetzes wird zügig fortgesetzt. Zu den Rekordzielen dieses Jahres in Hamburg gehört auch die Tatsache, dass die 250 000-Neubauwohnung seit Kriegsende errichtet werden konnte und dass der durch die Kriegseinwirkungen hervorgerufene Wohnungsverlust aufgeholt wurde. Da die Stadt inzwischen ihre Bevölkerungsziffer gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 100 000 Personen erhöht hat und der Zustrom von Neubürgern weiter anhält, müssen in Hamburg weitere 100 000 neue Wohnungen gebaut werden, welches Vorhaben man binnen fünf bis sechs Jahren zu schaffen hofft.

Der Abschluss des Jahres 1960 hat Hamburg auch einen neuen Bürgermeister beschiedert. An Stelle des zum Ehrenbürger von Hamburg gewählten und mit der Würde eines Dr. h.c. ausgezeichneten langjährigen Bürgermeisters Max Brauer wurde als Vertreter der jüngeren Generation der bisherige Kassator Dr. Paul Meyerhans zum Bürgermeister gewählt. Es vollzieht sich somit auch in Hamburg ein Generationswechsel - eingeleitet vor einiger Zeit durch die Neuwahl eines neuen, jungen Bürgerschaftspräsidenten -, wie er für das politische Leben in der Bundesrepublik charakteristisch ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel